



Neues Jahr mit alten Problemen

Das neue Jahr war erst wenige Tage alt, da traf sich der erweiterte Landesvorstand der **DPoIG Hamburg** bereits zur ersten Klausurtagung in unserer Geschäftsstelle. Da es grundsätzlich immer mehr Themen als Zeit gibt, ist es sinnvoll, sich rechtzeitig aufzustellen und den Kurs für die weitere Arbeit festzulegen. Dabei geht es unter anderem darum, Schwerpunkte herauszuarbeiten und grundsätzliche Positionen abzustimmen. Für die Hamburger Polizei gibt es schon lange keine „ruhigen“ Jahre mehr. „Deutschland im Krisenmodus und mittendrin die Polizei“, das Motto unseres Symposiums aus dem vergangenen Jahr war damals richtig und ist es auch heute. Der Krieg in der Ukraine, der Terror der Hamas gegen Israel und die Reaktion Israels, eine weiterhin hohe



Inflation, die Rezession, die massiven Proteste von betroffenen Gruppen gegen die Politik der Bundesregierung sowie eine fortgesetzte Polarisierung der Gesellschaft haben selbstverständlich auch immer Auswirkungen auf die Sicherheitslage und unsere Kolleginnen und Kollegen. Wieder einmal befindet sich die Hamburger Polizei im Umbruch. Überdurchschnittlich

viele Kolleginnen und Kollegen werden altersbedingt aus dem aktiven Dienst ausscheiden und die Bewerberlage ist über alle Laufbahnzweige hinweg dünn. Das wird sich auch nur dann ändern, wenn die Polizei von potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird. Es bleibt dabei: Wer die besten Köpfe will, muss sie entspre-

chend bezahlen sowie als leistungsstarker, innovativer und sozialer Arbeitgeber wahrgenommen werden. Hier haben die Polizei und der gesamte öffentliche Dienst noch einen weiten Weg vor sich. Der Umgang des Hamburger Senats mit der Frage der amtsangemessenen Alimentation von Beamtinnen und Beamten soll an dieser Stelle als ein besonders abschreckendes Negativbeispiel erwähnt werden. Die **DPoIG Hamburg** wird sich auch in diesem Jahr, so wie es unsere Mitglieder seit vielen Jahren kennen, engagiert für die berechtigten Anliegen und Interessen aller Kolleginnen und Kollegen einsetzen. „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat bereits verloren“, dieses Motto bleibt für die **DPoIG** Verpflichtung und Ansporn zugleich.

Der Landesvorstand

Besondere Ehrung für Nezahat Erverdi

Das Jahr 2024 fing mit einer besonderen Ehrung an. Unser Landesvorsitzender Thomas Jungfer hat das langjährige **DPoIG**-Mitglied Nezahat

Erverdi (LBP 10/VS) für ihren ganz besonderen Einsatz gewürdigt. „Nessi“, wie sie von ihren Kolleginnen und Kollegen liebevoll genannt wird,

einem Entführer auf dem Hamburger Flughafen gesprochen. Zunächst wurde unsere Kollegin als türkische Übersetzerin dazugeholt. Nezahat

Vertrauen zum Entführer aufzubauen und war damit maßgeblich am glücklichen Ende der Entführung und der Rettung der kleinen Tochter des Geiselnähmers beteiligt. Nachdem „Nessi“ bereits von der Dienststelle für ihr Handeln geehrt wurde, wollte es ihre Gewerkschaft selbstverständlich nicht versäumen, sich bei ihr für ihre großartige Einsatzbereitschaft zu bedanken. Sie wird als besonderes Dankeschön die Gelegenheit haben, sich eine Woche in einem Haus der **DPoIG**-Stiftung in Bayern zu erholen. Das war eine außergewöhnliche und großartige Leistung. Wir wünschen unserer Kollegin „Nessi“ eine erholsame und schöne Zeit – danke!



Ein herzliches Dankeschön an Nezahat „Nessi“ Erverdi von ihrer Gewerkschaft.

hat in der Nacht zum 4. November des vergangenen Jahres über viele Stunden mit

Erverdi hat es dann aber im Verlauf der 18-stündigen Verhandlungen geschafft,

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: : Ricardo Bolz, Liv Grolik,
Frank Riebow, Oliver Schinkmann, **DPoIG Hamburg**
ISSN 0723-2230





TV-L: Tarifrunde 2023 beendet – Ende gut, alles gut?

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Der Abschluss der Tarifverhandlungen der Länder (TV-L) am 9. Dezember des vergangenen Jahres wurde bereits vielfach unterschiedlich kommentiert. Festhalten möchte ich jedoch, dass die Länder jetzt mit den Einkommen der Kolleginnen und Kollegen von Bund und Kommunen gleichgezogen haben.

Die wesentlichen Eckpunkte der Einigung (siehe Kasten Verhandlungsergebnisse)

Darüber hinaus erhalten Auszubildende einen Inflationsausgleich von 1.000 Euro und dann monatlich 50 Euro sowie die Erhöhung des Ausbildungsentgeltes zum 1. November 2024 um 100 Euro und ab dem 1. Februar 2025 um weitere 50 Euro. Die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger (entsprechend ihres Ruhegehaltssatzes) wurde in Hamburg bereits ebenso beschlossen.

Rückblick

Die erste Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deut-

TV-L 2023
Verhandlungsergebnisse

- 3.000 Euro** steuerfreie Inflationsausgleichsprämie (1.800 Euro sofort, 01-10 2024: 120 Euro monatlich)
- 200 Euro** Erhöhung der Tabellenentgelte ab dem 01.11.2024
- 5,5 Prozent** mehr Gehalt auf den neuen Grundbetrag ab 01.02.2025 (Anpassung des Erhöhungsbetrags auf 340 Euro, wo dieser Wert nicht erreicht wird).
- 11,58%** Mittelwert der Erhöhung
- 25 Monate** Vertragslaufzeit

© DBB NRW

scher Länder (TdL) startete am 26. Oktober 2023, es folgten die zweite Runde am 27. und 28. November und dann die dritte Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember 2023. Zur Erläuterung sei an dieser Stelle betont, dass nicht nur die DPoIG verhandelte, sondern

die Bundestarifkommission – ein Zusammenschluss von 41 dbb Fachgewerkschaften aus allen Bundesländern, die mit ver.di zusammen mit der TdL über den Tarifvertrag verhandelt. Tatsächlich gibt es auch Berufsverbände, die keine tariffähige Gewerkschaft sind

und deshalb keine Tarifverhandlungen führen können. Etwa 500 Menschen sind in unterschiedlichen Funktionen an den Verhandlungen für rund 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder (außer Hessen) und indirekt für etwa 2,4 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger beteiligt. In Hamburg vorausgegangen waren gewerkschaftliche Veranstaltungen, Demonstrationen und Warnstreiks. Die DPoIG Hamburg startete die Warnstreikaktionen mit dem Knöllchenfreien Tag am 10. November unter dem Motto: „Park’ doch, wo du willst!“ Fast 1.000 Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei, dem Landesbetrieb Verkehr und aus dem Amt für Migration haben sich am Warnstreik beteiligt. Natürlich sind nicht alle Bürger bei Ordnungswidrigkeiten ohne Strafzettel davongekommen. Aber der Knöllchenfreie Tag und das Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen haben die Öffentlichkeit und die Medien erreicht und waren ein voller Erfolg! Am 23. November gab es nach der Personalversammlung der Polizei einen großen Protestmarsch vom CCH zum Millernertorplatz. 4.000 Kolleginnen



und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich trotz Hamburger Schietwetter an diesem Marsch beteiligt und ihre Forderungen auf die Straße getragen. Am 4. Dezember 2023 gab es eine weitere Demonstration der **DPoIG Hamburg** vor dem Polizeipräsidium. Zur letzten Verhandlungsrunde sind dann am 8. Dezember drei Busse mit **DPoIG**-Mitgliedern nach Potsdam gefahren, um die Arbeitgeber vor Ort lautstark zu begrüßen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich engagierten, an den Warnstreiks und anderen gewerkschaftlichen Aktionen teilnahmen und Flagge zeigten. Die **DPoIG** hat erneut ihre Kampfkraft und Kampagnenfähigkeit bewiesen. Aber aufgrund der oben erwähnten Zusammenset-

zung der Verhandlungsgruppe ist die **DPoIG Hamburg** jedoch nicht allein entscheidend, wenn es um Überlegungen geht, unbefristete Streiks auszurufen. Über einen mehrtägigen Erzwingungsstreik entscheiden die Mitglieder aller teilnehmenden Gewerkschaften auf Länderebene. Also GdP, ver.di, kombi, die **DPoIG** und viele weitere Fachgewerkschaften. Zunächst muss aber die Bundestarifkommission die Verhandlungen offiziell für gescheitert erklären. Die Verhandlungen in Potsdam waren langwierig und nicht einfach. Landesstreikleiter Michael Ado-



mat und Fachbereichsvorsitzende Beate Petrou waren für die **DPoIG Hamburg** innerhalb der dbb Bundestarifkommission an den Verhandlungen beteiligt. Erstmals war Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) Verhandlungsführer der TdL. Vereinbart wurde jetzt ein Abschluss, der zunächst die steuer- und abgabenfreie Inflationsprämie wirksam werden lässt, so wie es bei anderen Tarifabschlüssen in unterschiedlichen Branchen oder im TVöD bereits üblich war. Eine Auszahlung der Inflationsprämie „on top“, also ohne sogenannte Leermonate, ist nur



aus zwei anderen Branchen der Privatwirtschaft bekannt. Betrachten wir die Tabellenentgelte nach der Einarbeitung des Sockelbetrages und der prozentualen Erhöhung, so haben wir es mit einer Erhöhung von durchschnittlich mehr als 11 Prozent zu tun. Beispielhaft sei die Entgeltgruppe 5 erwähnt. Hier erfolgt eine Erhöhung von 12 bis 13,6 Prozent je nach Entgeltstufe. Aus Sicht der **DPoIG Hamburg** ist das ein Abschluss, der sich sehen lassen kann. Nochmals vielen Dank an alle Helfer und Unterstützer aus allen Fachbereichen der **DPoIG** bei der Organisation, der Hilfe vor Ort, bei der Verteilung von Informationen und den Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen. Ohne dieses Vertrauensleutenetzwerk in der **DPoIG Hamburg** wären diese Aktionen so nicht durchführbar gewesen.



„Wir müssen wieder persönlicher und zugewandter werden“

Herr Senator, Herr Polizeipräsident, Herr Polizeivizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach fast 33 Jahren Dienstzeit ist dies heute meine letzte Personalversammlung und morgen in einer Woche endet meine Dienstzeit. Ich möchte mich zunächst bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Personalrat bedanken, dass ich die Gelegenheit bekomme, mich von dieser Stelle aus zu verabschieden. Ich weiß das sehr zu schätzen, danke! Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen 33 Jahren haben sage und schreibe zehn Innensenatoren die Polizei politisch verantwortet. Mal mehr oder weniger lang, mal mit mehr oder mit weniger Geschick. Über einige dieser ehemaligen Senatoren ist die Zeit hinweggegangen, andere befinden sich heute im Martin-Schulz-Karriere-Hospiz und dann gab es noch Innensenatoren, nach denen man heutzutage nicht einmal Autobahnrastplätze oder Recyclinghöfe benennen würde. Nicht die innere Sicherheit ist das Kardinalproblem der Gesellschaft, sondern ihre sozialen Defizite. Nicht Polizisten, sondern vor allem Sozialarbeiter braucht die Stadt. Das war der Sound linker Sozialdemokraten Ende der 90er-Jahre in Hamburg. Die Quittung kam mit der Bürgerschaftswahl 2001. Heute ist die politische Stimmung eine andere, aber das Sicherheitsbedürfnis der Menschen bleibt selbstverständlich und völlig zu Recht immanent. Wer das nicht begreift, versteht weder die Menschen noch die Polizei, die diese Sicherheit jeden Tag aufs Neue gewährleisten



Frank Riebow

muss. Unsere Kolleginnen und Kollegen mussten Polizeipräsidenten erdulden, die in ihrer Amtszeit bestenfalls keine emotionale Bindung zu ihrer Polizei aufbauen konnten, im schlechtesten Fall allerdings, die Polizei in eine Sackgasse führten. Mit Werner Jantosch und schließlich Ralf Martin Meyer haben zwei Insider die Polizei in der jüngeren Vergangenheit wesentlich geprägt und modernisiert. Mit Falk Schnabel erlebe ich nun den neunten Polizeipräsidenten und Amtsleiter. Ich wünsche Ihnen nur das Beste und versichere Ihnen, im Personalrat der Polizei werden Sie immer einen kompetenten und verantwortungsbewussten Ansprechpartner finden.

Die Hamburger Polizei lebt – wie jede große Organisation – von den Menschen, die an Deck und im Maschinenraum den Laden am Laufen halten.

Sie haben es verdient, dass diejenigen, die auf der Brücke stehen, wissen, wo sie hinwollen, einen klaren Kurs halten, die Hauptmaschine nicht überlasten und auch den Mut haben, das Ruder herumzureißen, bevor ein Eisberg das Schiff seziert. Die Kompetenz, die Einsatzbereitschaft, die professionelle Gelassenheit unserer Kolleginnen und Kollegen bei der Abarbeitung von Einsätzen im täglichen Dienst und bei Großlagen ist beispielgebend. Die Leistungsfähigkeit unserer Kolle-

© DPoIG Hamburg

ginnen und Kollegen muss sich auch im Laufbahnrecht widerspiegeln – der mittlere Dienst gehört endlich abgeschafft! Liebe Kolleginnen und Kollegen erlaubt mir, noch einige Worte über die innere Verfasstheit der Polizei zu sagen. Wenn sich Kolleginnen und Kollegen mit sehr unterschiedlichen Anliegen und Problemen an den Personalrat wenden, werden die Personalräte irgendwann fragen: Hast du schon mit deinem Vorgesetzten gesprochen? Im Regelfall lautet die Antwort sehr oft: „Nein!“ Kolleginnen und Kollegen reden mit ihren Kollegen auf der Wachdienstgruppe oder im Sachgebiet, sie sprechen mit Personalräten, mit Gewerkschaftern und vielen anderen, aber der Weg zum Vorgesetzten oder gar zur Dienststellenleitung wird oft gescheut oder gänzlich vermieden. Im konkreten Einzelfall mag es dafür gute Gründe geben, für den grundsätzlichen Umgang untereinander, das kollegiale Miteinander und das Vorgesetzten-Mitarbeiter-Verhältnis ist dieser Befund nach meiner Auffassung erschreckend. Eine Stärke der Hamburger Polizei war meiner Meinung nach immer der persönliche, wertschätzende Bezug eines Teams gegenüber der einzelnen Kollegin oder dem einzelnen Kollegen. Über die Jahre laufen sich fast alle immer wieder in diversen dienstlichen Verwendungen über den Weg – wie sollte es in der Polizei eines Stadtstaates auch anders sein. Diese Nähe im persön-



lichen Umgang ist uns zu oft spürbar verloren gegangen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Polizei untereinander wieder persönlicher und zugewandter werden müssen und die Vorgesetzten sollten sich hier

selbst in die Pflicht nehmen und Vertrauen aufbauen. Bei allen Unzulänglichkeiten, bei aller Belastung, Fremdbestimmtheit und Termintaktung ist für mich der Polizeiberuf in seiner Vielfältigkeit immer noch mehr als ein Job

und eine großartige Gelegenheit, in seinem Berufsleben Anerkennung und Zufriedenheit zu finden. Anders formuliert, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Stress von heute, ist morgen die gute alte Zeit. In diesem Sinne verab-

schiede ich mich, bleibt gesund, danke und tschüss!

*Personalversammlung
der Polizei Hamburg,
23. November 2023, Redebeitrag
Frank Riebow (Auszug).
Es gilt das gesprochene Wort.*

Nach über 32 Dienstjahren – Frank Riebow in den Ruhestand verabschiedet

Von Thomas Jungfer, Landesvorsitzender

Zum 30. November letzten Jahres war es so weit: Frank Riebow wurde nach über 32 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand versetzt. Man kann auch sagen, ein alter Seebär ist von Bord gegangen, denn Frank Riebow war Wasserschutzpolizist, und somit ist für ihn eine dienstliche Ära zu Ende gegangen. Frank Riebow begann, nachdem er zuvor jahrelang zur See fuhr, im Februar 1991 als Patentinhaber seine Ausbildung an der Landespolizeischule im damaligen 75. WS-Lehrgang – einer 28-köpfigen reinen WS-Klasse. Somit war er bereits damals für die Wasserschutzpolizei ein gestandener Seemann. Nachdem er Erfahrungen in der beruflichen Praxis an verschiedenen Dienststellen sammeln konnte, kandidierte Frank erfolgreich bei der Personalratswahl für die **DPoIG** – und wurde im Jahr 2003 in die Freistellung des Personalrates gewählt. Er kümmerte sich fortan um die Belange der Kolleginnen und Kollegen und hier insbesondere um die Anliegen und Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserschutzpolizei. Bereits im November 2020 hatte Frank Riebow nach mehr als 18 Jahren den Vorsitz des Fachbereiches WSP in der



DPoIG Hamburg an seinen Nachfolger Heiko Valerius übergeben. Frank Riebow hat während seiner dienstlichen Tätigkeit als Personalrat und Gewerkschafter viel für die Kolleginnen und Kollegen er-

reicht. So ist es unter anderem sein Verdienst, dass die Einstellungsbedingungen für die Wasserschutzpolizei der Lebenswirklichkeit angepasst wurden und heutzutage nautische und technische Patent-

inhaber nach der Laufbahnprüfung II sofort zu Polizeioberkommissarinnen beziehungsweise Polizeioberkommissaren ernannt werden. Das Bohren dieses „dicken Bretts“ hat zehn Jahre gedauert – für Frank kein Problem. Unvergessen sind seine Reden auf den Personalversammlungen der Polizei. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich jedes Jahr auf seinen Redebeitrag gefreut, den er, bei aller thematischer Ernsthaftigkeit, stets mit Humor vortrug und viele Lacher auf sich zog. Frank Riebow ist seit vielen Jahren Landesredakteur der **DPoIG Hamburg** und somit auch verantwortlich für die Erstellung des Polizeispiegels. Diese Arbeit macht ihm so viel Freude, dass er sich dazu bereit erklärt hat, diese Tätigkeit auch über seinen Ruhestand hinaus fortzuführen.

Lieber Frank, die gesamte **DPoIG-Hamburg-Familie** bedankt sich bei dir für deine großartige, ehrgeizige und höchst erfolgreiche Arbeit in der **DPoIG Hamburg** und deinen Einsatz im Personalrat der Polizei. Wir wünschen dir jetzt einen tollen dritten Lebensabschnitt, ganz viel Gesundheit, Kraft, aber auch Entspannung und Ruhe. Genieße das Leben! ■



Nicholas Kriegk in die Freistellung gewählt

Landesjugendleiter Nicholas Kriegk ist vor wenigen Wochen in die Freistellung des Personalrates der Polizei gewählt worden. Der 31-Jährige war zuvor bereits ordentliches Mitglied des Personalrates und folgt Frank Riebow nach, dessen Dienstzeit mit Ablauf des Monats November endete. Nicholas begann seine berufliche Reise im Jahr 2013 mit der Ausbildung im mittleren Dienst. Seine Erstverwendung absolvierte er in der Landesbereitschaftspolizei (LBP 13), wo er seine praktischen Fähigkeiten bei Einsätzen wie HoGeSa 2.0 und dem 1. Mai weiterentwickel-

te. Sein beruflicher Weg führte ihn anschließend in das LAll-Studium, dass er im Oktober 2019 erfolgreich absolvierte. Während seiner Studienzeit war Nicholas als studentische Vertretung engagierter Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen. Nach der Laufbahnprüfung wurde er Mitarbeiter am PK 43 in Bergedorf. Im Jahr 2021 wagte Nicholas Kriegk einen weiteren Schritt – er wurde Fachlehrer für Polizeidienstlehre (FPD) an der Akademie der Polizei. Diese Verwendung ermöglichte es ihm, sein Fachwissen an den polizeilichen Nachwuchs wei-



© DPoIG Hamburg

> Nicholas Kriegk

terzugeben, aber auch seine pädagogischen Fähigkeiten zu stärken. In den letzten Monaten unterstützte Nicholas den Fachstab der Akademie (AK 112). Hier erweiterte er

seinen Blickwinkel und vertiefte das Verständnis für die internen Abläufe und Themenfelder. Mit seiner Wahl als freigestelltes Personalratsmitglied kann Nicholas seine Erfahrungen jetzt unmittelbar einbringen, da er als Personalrat federführend für die Akademie der Polizei zuständig ist. Nicholas wird sich kompetent und mit Herzblut sowohl für die berechtigten Belange des Stammpersonals als auch der Nachwuchskräfte einsetzen. Für diese spannende und herausfordernde Arbeit wünschen wir Nicholas Kriegk viel Glück und Erfolg. ■

Profifußball: Grote will deutschlandweite Lösung

Sollen Vereine aus der 1. und 2. Fußballbundesliga an den Kosten für Polizeieinsätze bei sogenannten Hochrisikospiele beteiligt werden? Ja, sagt die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)** in Bund und Ländern, und auch Innensenator Andy Grote (SPD) kann sich das für die Hamburger Klubs HSV und FC St. Pauli zukünftig vorstellen – wenn es bundesweit so gehandhabt werden sollte. So äußerte sich Grote vor wenigen Wochen gegenüber NDR 90,3. Das Bundesverfassungsgericht wird höchstwahrscheinlich noch im ersten

Halbjahr dieses Jahres eine Entscheidung treffen und die juristische Frage beantworten, ob der Staat Fußballklubs an den Kosten für Einsätze der Polizei beteiligen darf. Bisher verfährt nur Bremen so und hat der Deutschen Fußballliga (DFL) entsprechende Kostenbescheide übersandt. Die DFL hat die Bescheide an Werder Bremen weitergeleitet und seitdem warten alle Beteiligten auf die höchstrichterliche Entscheidung aus Karlsruhe. Bemerkenswert ist jedoch, dass das Bundesverwaltungsgericht eine Kostenbeteiligung der Klubs ausdrücklich bejaht hat. Sollte das Bundesverfassungsgericht die Rechtsauffassung des Bundesverwaltungsgerichts teilen, wovon auszugehen ist, steht einer bundeseinheitlichen Regelung nichts mehr im Wege. Denn eine Regelung muss gefunden werden. Wenn beim Hamburger Stadtderby – einer Zweitligabeg-

gung – zwischen 1.200 und 1.400 Polizeibeamtinnen und -beamte eingesetzt werden müssen, um einander verfeindete Fans zu trennen und Ausschreitungen zu verhin-

dern, dann stehen auch die Fußballklubs in Verantwortung.

Der Landesvorstand

> Tagesseminar für DPoIG-Mitglieder

Vorbereitung auf den Ruhestand

Die **DPoIG Hamburg** lädt alle interessierten aktiven, verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, die in naher Zukunft ihren aktiven Polizeivollzugsdienst beenden und in den wohlverdienten Ruhestand gehen, zu einem Tagesseminar ein. Wir wollen mit und für euch wichtige Fragen rund um eure bevorstehende Pensionierung besprechen und Hinweise geben.

Fragen und Problemfelder zur Beihilfe, privater Krankenversicherung, Nebentätigkeiten, Notfallordner, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung werden dabei im Vordergrund stehen. Auch zum Thema Erbrecht wird informiert. Das Seminar ist sonderurlaubsfähig.

Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich gesorgt.

WANN?

Donnerstag, 21. März 2024, von 9 bis circa 16 Uhr und am Donnerstag, 30. Mai 2024, von 9 bis circa 16 Uhr

WO?

In der DPoIG-Geschäftsstelle, Holzdamm 18 (Nähe Hauptbahnhof)

Bitte meldet euch telefonisch in der Geschäftsstelle unter Tel.: 040.2540260 oder via E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de an. Jetzt anmelden!



© Pixabay



© Pixabay



Mobile digitale Sachbearbeitung 2024

Von Ricardo Bolz, Fachbereich Schutzpolizei

Gibt es in der Hamburger Polizei positive Entwicklungen – selbstverständlich! Es gibt ein Projekt, das sich hervorragend entwickelt und die Arbeit der Polizei auf der Straße wirklich einmal einfacher macht. Bereits seit einigen Jahren sind wir nun mit Diensthandys unterwegs und stellen die relevanten Grunddaten der späteren Sachbearbeitung in einem kleinen Bearbeitungstool bereit. Die „MobiPolar“ der Hamburger Polizei haben es geschafft, dass viele einzelne Systeme eine synchrone Datenabfrage ermöglichen. Die Objekte werden also in den verschiedensten Datenbanken abgefragt und können vor Ort abgeglichen werden. Hierzu ist nur eine einmalige Systemanmeldung notwendig – sehr gut! Die Daten können dann in das leider „mittelalterliche“ Bearbeitungsprogramm der Polizei (ComVor) gesendet werden. Dort gibt es diverse

Vorlagen zum Ausfüllen, um die weitere Vorgangsfertigung zu ermöglichen. Es muss die Frage erlaubt sein, wie es möglich ist, dass eine App-Anwendung ein so viel besseres Arbeiten ermöglicht als die Desktop-Anwendungen an den Arbeitsplatzrechnern? Von der Tatsache abgesehen, dass vier weitere Anmeldungen im Desktopbetrieb notwendig sind, müssen die Daten per Hand abgeschrieben werden. Ein Kopieren der Daten ist leider nur selten möglich. Die Eingangsbearbeitung bewegt sich dank der MobiPol-Geräte nun langsam in eine angemessene Richtung. Insbesondere die Verkehrsunfallsachbearbeitung ist erleichtert worden. Wobei auch hier die Frage gestellt werden muss, weshalb andere Bundesländer wesentlich entspannter und mit grundsätzlich weniger Aufwand mit dieser Thematik umgehen. Selbst die Wach-

raumdienste werden immer häufiger dabei „beobachtet“, wie „Grunddaten“ durch die dienstlichen Smartphones eingegeben und als Objekte eingefügt werden. Denn beispielsweise kann bei einem Ausweisverlust der Ausweis am Desktop-PC nicht übernommen werden, sondern alle Daten müssen händisch in den passenden Vordruck eingegeben werden. Dazu kommt das ständige Hin- und Herspringen in den jeweiligen Tabs und Datenmasken. Die dafür notwendige Arbeitszeit und vor allem die Fehlerquoten beim Abschreiben einzelner Anwendungen am Desktop-PC sind eine Peinlichkeit im Jahr 2024.

Die MobiPol-Geräte erleichtern also nicht nur das Ermitteln von Daten, sondern ersparen auch ein ständiges An- und Abmelden bei den jeweiligen Datenabfragetools. Ein Anpassen der Vorschriften auf einen zeitgemäßen Standard sollte dringend überprüft werden, um



© Ricardo Bolz

die Sachbearbeitung schneller und effizienter zu machen. In Verbindung mit der neu eingerichteten Onlinewache sind wir also auf einem guten, digitalen Weg unserer Polizeiarbeit. Aus meiner Sicht ist das MobiPol-Projekt eines der wichtigsten und besten Beispiele dafür, dass IT auch bei einer Behörde erfolgreich möglich ist. Wenn unser polizeilicher Nachwuchs, am besten bereits während der Ausbildung und des Studiums, jetzt noch im Umgang mit den Geräten und Möglichkeiten geschult wird, haben wir eine große Strecke praktischer Digitalisierung hinter uns. ■

Rechtsprechung anderswo

Polizistin lebensgefährlich verletzt – 14 Jahre Haft

Vollgepumpt mit Drogen und Alkohol, aber ohne Führerschein, fuhr ein damals 18-jähriger Schweizer mit dem Auto des Vaters und Freunden im Februar 2020 durch Zürich. Dieser kriminelle Ausflug endete in einer fast tödlichen Katastrophe für eine Polizistin. Der 18-Jährige überfuhr die Schweizer Kollegin und verletzte sie lebensgefährlich.

Das Zürcher Obergericht hat ihn unter anderem wegen versuchter vorsätzlicher Tötung zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt. Der 18-Jährige war in jener Februarnacht mit drei Freunden und seiner minderjährigen Freundin auf den Strichplatz in Zürich-Alstetten gefahren. Auf dem Strichplatz machten die jungen Männer verbotenerweise Bilder der Prostituierten. Eine der Frauen meldete den Vorfall, worauf eine Polizistin zusammen mit einem Kollegen die Fahrzeuginsassen kontrollieren wollte.

Die Polizisten wiesen den Fahrer an, den Wagen abzustellen. Zunächst schien er dem Folge zu leisten, beschleunigte dann aber den SUV und steuerte auf die Ausfahrt zu. Dort stand auch die Polizistin. Das linke Vorderrad erfasste ihr Bein, die Polizistin prallte auf die Motorhaube, dann auf den Boden. Ihr Bein verfring sich im Radkasten. 15 Meter weit schleifte das Auto sie mit, bis sich das Bein vom Auto löste und vom Hinterrad überrollt wurde. Die Polizistin blieb mit lebensgefährlichen Verletzungen liegen. Der Fahrer ließ sich nicht stoppen und fuhr zu seiner Freundin

nach Hause. Dort wurde er später festgenommen. Das Zürcher Obergericht beurteilte das Verschulden als erheblich. Der junge Mann habe den Tod der Polizistin zwar nicht beabsichtigt. Mit seinem Verhalten habe er ihren Tod aber in Kauf genommen. Der Verurteilte wollte das Urteil nicht akzeptieren und ging vor das Bundesgericht. Er verlangte, die Haftstrafe auf sechs Jahre zu senken. Das Bundesgericht wies die Beschwerde im vergangenen Dezember ab. Die 14-jährige Haftstrafe bleibt bestehen (Az.: 6B_1113/2023, 14. Dezember 2023). ■



Jahrestreffen der Senioren

Anfang Dezember des vergangenen Jahres lud die **DPoIG Hamburg** „ihre“ Pensionäre zum traditionellen vorweihnachtlichen Jahrestreffen in die Landesgeschäftsstelle ein. Freddi Lohse, Seniorenbeauftragter unserer Gewerkschaft, und Klaus Vöge hatten mit den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle wie immer alles auf den Punkt vorbereitet. Wie gehabt muss man unsere pensionierten Kolleginnen und Kollegen nicht lange bitten und so war auch diesmal der Veranstaltungssaal sehr gut gefüllt. Freddi Lohse und Klaus Vöge empfingen unsere Ehemaligen ganz herzlich bei ihrer **DPoIG** und freuten sich, alle gesund und munter begrüßen zu dürfen. Zunächst verfolgten unsere Pensionäre aufmerksam die Ausführungen des ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Freddi Lohse der nun als Pensionär und Seniorenbeauftragter sei-

ne vielfältigen Erfahrungen aus dem aktiven Dienst in die Betreuungsarbeit für unsere Senioren einbringt. Das gilt ebenso für unseren verdienstvollen ehemaligen Landesvize Klaus Vöge. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für euer Engagement. Kolleginnen und Kollegen zu beraten und zu unterstützen und dies auch über den aktiven Dienst hinaus, ist für die **DPoIG Hamburg** eine Herzenssache. Deshalb empfehlen wir allen unseren Mitgliedern ihrer **DPoIG** auch nach der Pensionierung treu zu bleiben. Wer, wenn nicht Gewerkschafter und Personalräte, ob noch selbst aktiv oder bereits im Ruhestand, können kompetent und unabhängig in versicherungs- und versorgungsrechtlichen Fragen beraten? Die **DPoIG** hilft auch im Ruhestand, zum Beispiel bei Problemen mit der Beihilfe oder der Gewährung von Rechtsschutz beispielsweise



Thomas Jungfer freute sich fast 50 Jahre gewerkschaftliche Kripo-Arbeit für die **DPoIG** zu begrüßen. Ulrich „Uli“ Knaffel betreute von Mitte der 1970er-Jahre den Fachbereich K und übergab dann Mitte der 1990er-Jahre das Staffelholz an Wolfgang Laudon. Wolfgang war dann bis 2022 als Fachbereichsvorsitzender tätig, bevor er 2023 in Pension ging. Seitdem steht Henning Pohl dem FB Kriminalpolizei vor.

bei Fragen zur amtsangemessenen Alimentation und Versorgung. Aber auch in schwierigen Lebenssituationen wie zum Beispiel bei Todesfällen, bei Ehescheidung, Verschuldung und gesundheitlichen Problemen steht die Seniorenvertretung der **DPoIG** mit Rat und Tat zur Seite. Landesvorsitzender Thomas Jungfer ließ es sich nicht nehmen, unsere Senioren zu begrüßen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Er berichtete zu aktuellen Entwicklungen in der Polizei

Hamburg und zum Dauerbrenner amtsangemessene Alimentation, Inflationsausgleich und die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder. Das war ein rundum gelungener Nachmittag – Fortsetzung garantiert. Beachtet bitte den Terminhinweis für den Seniorentreff im Februar. Ein herzlicher Dank geht von hier aus an die fleißigen Helfer im Hintergrund. Ein besonderes Dankeschön gilt wie immer den Mitarbeiterinnen unserer Geschäftsstelle.



© Frank Riebow (3)

> Einladung zum Seniorentreff

Die **DPoIG Hamburg** lädt wieder zum Seniorentreff ein. Wer als Seniorin oder Senior Interesse an relevanten Themen wie Rente, Pension, Gesundheitsversorgung oder Rechtsschutzangelegenheiten hat, ist herzlich willkommen. Wir werden uns ausreichend Zeit nehmen und in angenehmer Atmosphäre informieren, diskutieren und eure Fragen aufnehmen – wir freuen uns auf euch. Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich gesorgt.

Seniorentreff: Mittwoch, 14. Februar 2024, um 14 Uhr in der DPoIG-Geschäftsstelle, Holzdam 18 (Nähe Hauptbahnhof)

Bitte meldet euch telefonisch in der Geschäftsstelle unter Tel.: 040.2540260, via E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de oder per WhatsApp in der **DPoIG**-Senioren-Gruppe an!

Euer Freddi Lohse, Seniorenbeauftragter

© Pixabay

> Ruhestand*

Folgender Kollege ist zum 31. Oktober 2023 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei
PHK Frank Sturzwege LBP 92

Folgende Kollegen sind zum 30. November 2023 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei
PHK Axel Monzo PK 37

Wasserschutzpolizei
PHK Frank Posselt WSP 52
PHK Frank Riebow PR/Polizei

Folgende Kollegen sind zum 31. Dezember 2023 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei
PHK Uwe Lorenzen PK 44
PHK Wolfgang Möller SP 12
PHK Andreas Thom PK 26
POK Michael Kruse PK 36
POK Volker Rooks PK 47

Landeskriminalamt
PHK Matthias Klindworth LKA 39

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.